

Taschengeld für Kölner CDU-Chef



[Jörg Uckermanns](#) wütendster Gegner, der Kölner CDU-Chef [Walter Reinartz](#) (*Foto: wie er gerade Schaden vom deutschen Volk abwendet*) kann sich demnächst ganz der Jagd auf Moscheekritiker in der CDU widmen, ohne sich um den täglichen Lebensunterhalt allzu große Sorgen machen zu müssen. Ermöglichen möchten ihm das die Linksparteien, die den 50-jährigen mit einem jährlichen Taschengeld von 100.000 Euro in den Ruhestand schicken wollen, da sie befürchten, Reinartz' Doppelfunktion als CDU-Chef und Vorstand der Kölner Verkehrsbetriebe könnte die Entscheidungen der CDU-Vertreter im Aufsichtsrat beeinträchtigen.

Besonders von der SPD ist ja seit kurzem bekannt, dass ihr die Gewissensfreiheit von Abgeordneten sehr am Herzen liegt. Der [Kölner Stadtanzeiger](#) berichtet:

Das rot-grüne Kernbündnis und die Linke im Stadtrat sind sich einig: Sollte Reinartz am 5. April auf dem Parteitag als CDU-Vorsitzender wiedergewählt werden, muss er als KVB-Chef gehen. „Die Verquickung dieser beiden Aufgaben ist nicht länger hinnehmbar“, sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende Martin Börschel. Als CDU-Parteivorsitzender könne Reinartz direkten Einfluss auf die CDU-Vertreter im Aufsichtsrat nehmen, die ihn als KVB-Chef kontrollieren müssten.

Verbunden ist der verordnete Vorruhestand mit einem jährlichen Taschengeld von 100.000 Euro aus Fahrkartenverkäufen und vermutlich Steuerzuschüssen. Allerdings könnte der rüstige Rentner auch noch etwas dazu verdienen. Erst wenn der Zuverdienst das bisherige Gehalt von 200.000 Euro übersteigt, gibt es Abzüge vom Taschengeld.

Keine finanzielle Gefahr bestünde also zum Beispiel, wenn Reinarz bei seinen Verkehrsbetrieben eine Stelle als Busfahrer annehmen würde. Mancher Kölner würde dann gerne das Eintrittsgeld in Form eines Beförderungsausweises zahlen, um einmal zu sehen, wie der als etwas jähzornig bekannte Rentner von seinen muslimischen Schützlingen kulturell bereichert wird.